arbeitzukunft.de

ARBEIT ZUKUNFT

Sondernummer
September 2026

04 Der Protest kommt von unten!

06 Für wen wird sich die Wirtschaft erholen?

07 Krise durch Überkapazität in der Autoindustrie

HÖCHSTE ZEIT FÜR EINE OFFENSIVE TARIFRUNDE!

Im Oktober beginnen die Lohn-Tarifverhandlungen in der Metall- und Elektroindustrie. Gleichzeitig scheint die kapitalfreundliche Merz-Regierung entschlossen, in den Herbstmonaten den umfassendsten Sozialabbau in der Geschichte der Bundesrepublik umzusetzen. Man könnte meinen, die Tatsache, dass die Sozialangriffe und die Tarifrunde in denselben Zeitraum fallen, die Lage erschweren wird… Doch das muss nicht sein: Die Metaller haben das Zeug dazu, den Spies umzudrehen und gleichzeitig für höhere Reallöhne und gegen die Sozialangriffe zu kämpfen.

Seit Monaten laufen schon in den Metall- und Elektro- (M&E) Betrieben die Vorbereitungen für die Lohn-Tarifrunde 2026. Nun sind die Metaller in der letzten Phase der Vorbereitungen angekommen: Am 22. September werden die Große Tarifkommissionen (GTK) der Bezirke ihre Forderungen beschließen und tags drauf, am 23. September, wird der Vorstand der IG Metall die endgültige Forderung für alle Bezirke beschließen.

Ab 1. Oktober beginnen die Verhandlungen, am 31. Oktober laufen die Entgelttarifverträge aus und die sogenannte „Friedenspflicht“ endet um 24 Uhr. Am 1. November, ab 0 Uhr sind also Warnstreiks in allen Tarifbezirken möglich. So sieht der Zeitplan der IG Metall aus.

Bei der Stahl Tarifrunde wurde der Reallohnverlust hingenommen!

Nachdem der Vorstand der IG Metall den Startschuss gegeben hat, haben sich in den sieben IG Metallbezirken die Große Tarifkommissionen (GTK) getroffen und haben mit den Beratungen angefangen. Parallel dazu wurden Expertenrunden zusammengerufen, um mit Mitgliedern der GTK über die wirtschaftliche Lage zu diskutieren.

Ab Mai wurde dann in den Betrieben mit der Befragung der Kolleginnen und Kollegen angefangen. Jetzt sollen die Ergebnisse diese Befragung in die Forderungsfindung einfließen… So sollte es sein.

Bei der o.g. Befragung waren jedoch keine Zahlen, für die man sich entscheiden konnte. Es waren nur vier Möglichkeiten, die man ankreuzen konnte: „kräftige“, „moderate“, „kleine“ und „keine Entgelterhöhung.“ Was für einen „moderat“ ist kann für den anderen schon „kräftig“ sein oder umgekehrt. (sh. den ausführlichen Bericht dazu auf Seite 3)

Dass das so kommen würde, hatten etliche GTK-Mitglieder schon Monate zuvor geahnt, als der IG Metall Vorstand ohne konkrete Forderung in die Stahl-Tarifrunde gestartet ist. Die Forderung hieß „Beschäftigung, Reallöhne und Fachkräfte sichern“, später hieß es „Garantie für Arbeitsplätze und volle Kaufkraft.“

Das kam dabei raus: Nach 3 Nullmonaten (Oktober - Dezember) 1,75% Lohnerhöhung ab 01.01.26, Laufzeit 15 Monate bis 31.12.26. Im Oktober 2025, als der Tarifvertrag (TV) unterschrieben wurde, lag die Inflation schon bei 2,3% und einen Monat zuvor gar bei 2,4%. Knut Giesler, der Verhandlungsführer und Bezirksleiter der IG Metall NRW, hat bewusst in Kauf genommen, dass die Kolleginnen und Kollegen der Stahlindustrie Reallohnverluste erleiden würden.

Schon im Februar 2026 haben die Hauptamtlichen der IG Metall in vielen Delegiertentreffen die Tarifrunde Stahl als den bestmöglichen Abschluss dargestellt. Vorstandsmitglieder, die in manchen Delegiertentreffen anwesend waren, sprachen schon damals von „einer differenzierten Tarifpolitik, die die wirtschaftliche Situation berücksichtigen müsse.“

ÜBER DIE ZEITUNG

Dies ist eine Sondernummer unserer Zeitung Arbeit Zukunft. Wir denken, dass es Zeitungen und Journalismus braucht, die objektiv, aber immer auf der Seite der Arbeiterklasse und der breiten Bevölkerung berichterstatten und aufklären. Oder wer wird sonst klar aussprechen, dass die Spritpreise nicht wegen der Knappheit, sondern wegen Spekulation an der Börse steigen? Wer wird aussprechen, wenn ein Genozid passiert, der in der deutschen Politik verschwiegen wird? Wer wird aussprechen, dass das Bürgergeld zwar zum riesigen Thema gemacht wird, aber nur einen winzigen Prozentsatz von dem Kosten, was durch Steuerhinterziehung von den Reichen jedes Jahr anfällt?
Über all das, unsere Kämpfe dagegen und unsere Perspektive für ein besseres Morgen schreiben wir in unserer Zeitung Arbeit Zukunft – die Artikel sind online oder einmal monatlich als Printausgabe lesbar! Alle Interessierten können uns Artikel und Berichte über ihre Lage und Kämpfe schicken!
Hier geht es zur Website:

WER SIND WIR?

Herausgeber der Zeitung ist die Organisation für den Aufbau einer Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands.

Aber warum denken wir, dass es so eine Organisation heute braucht?

Der Kapitalismus hat wieder und wieder erwiesen, dass er für die Millionen Menschen, die dieses Land durch ihre Arbeit am Laufen halten, nichts als Armut, Krieg und Zerstörung bringt. Obwohl wir, die arbeitenden Menschen, es sind, die diese Gesellschaft möglich machen, sehen wir unsere Interessen nicht repräsentiert. Darum braucht es eine Organisation, die unsere Interessen konsequent vertritt – nicht nur in Parlamenten und rund um die Wahlen, sondern vor allem in unserem täglichen Leben, am Arbeitsplatz und auf der Straße. Nur wenn wir als Arbeiterklasse unser Schicksal selbst in die Hand nehmen, können wir die Widersprüche in dieser Gesellschaft lösen und eine neue, sozialistische Gesellschaft aufbauen. Das ist unser Ziel. Wir greifen dabei auf die Erfahrungen der deutschen und der internationalen Arbeiterbewegung zurück, die seit über 150 Jahren für dieses Ziel kämpft. Alle, die sich diesem Kampf anschließen wollen, sind herzlich Willkommen!

Mehr Infos über uns und weitere Artikel gibt es auf:

ARBEITZUKUNFT.DE

Alle Interessierten können gerne Kontakt aufnehmen unter:

INFO@ARBEIT-ZUKUNFT.DE

Auf Instagram, Facebook und X findet man uns unter:

@ARBEITZUKUNFT

Beim Öffentlichen Dienst und der Chemie wurden die Abschlüsse noch schlimmer!

Auch bei den nächsten großen Tarifrunden konnten keine realen Lohnerhöhungen erreicht werden; vielmehr mussten breite Teile der Arbeiterklasse erhebliche Reallohnverluste hinnehmen. Bei dem Abschluss zwischen Ver.di und TdL (Tarifrunde Öffentlicher Dienst Länder) vom 14.02.26 wurden die Entgelte nach 5 Nullmonaten (November 2025 - März 2026) 2,8 %, mind. 100 €/Mon. ab 01.04.26, Stufenerhöhungen ab 01.03.27/01.01.28 um 2,0/1,0 % „erhöht“, die Laufzeit betrug 27 Monate (bis 31.01.28).
Die IG BCE hat mit dem Chemie-Abschluss all die anderen Tarifrunden „getoppt“: nach 10 Nullmonaten (März bis Dezember 2026) sollen die Löhne erst ab 1. Januar 2027 um 2,1 % „steigen.“ Und die zweite Stufenerhöhung um 2,4 % soll ab 01.01.28 gelten. Auch hier beträgt die Laufzeit 27 Monate (31.05.28)

Raus aus der Standortlogik!

Die IGBCE-Führung sprach nach dem Abschluss von einem „Krisen Tarifvertrag“ und räumte gleichzeitig ein, dass es dabei „Reallohnprobleme gibt.“ Damit bloß keiner auf dumme Gedanken kommt, verwies sie gleichzeitig darauf, „dass die Chemie Tariflöhne seit 2010 stark gestiegen“ seien und auf „Top Niveau“ lägen!
Diese Argumentation der IGBCE-Führung kommt wahrscheinlich vielen Kolleginnen und Kollegen sehr bekannt vor: Die Arbeitgeberverbände argumentieren seit jeher damit, dass die Löhne in Deutschland im internationalen Vergleich auf höchstem Niveau liegen würden.
So ähnlich behauptet auch der VW-Vorstand seit ein paar Tagen: ein VW-Kollege in Deutschland würde 74 Euro Stundenlohn bekommen und ein VW-Kollege in China dagegen nur 12 Euro Stundenlohn. Dieses Ungleichgewicht müsse sich ändern – so Konzernboss Oliver Blume. Herr Blume, diesen „durchschnittlichen VW-Kollegen“, der im Monat ca. 11.000 Euro brutto verdienen müsste, würden wir sehr gerne kennenlernen!
Wahr ist, dass bei VW Berufseinsteiger und Angelernte einen Einstiegsstundenlohn von ca. 16 bis 20 Euro brutto, Facharbeiter am Band und Anlagenbetreiber, also ausgelernte Kräfte mit Erfahrung, im Schnitt einen Stundenlohn von ca. 23 bis 29 Euro brutto bekommen. Und gerade werden auch diese Stundenlöhne gekürzt. (sh. den ausführlichen Bericht dazu auf Seiten 7 und 8)
Zurück zu den Gewerkschaftsführungen: In den oben genannten Tarifabschlüssen nimmt die Standortlogik eine zentrale Bedeutung ein. Den Verhandlungsführern der Gewerkschaften geht es in erster Linie darum „die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland zu stärken“. Deswegen fordern sie seit Jahren von der Bundesregierung niedrige Industriestrompreise, Bürokratieabbau, Konjunkturpakete, die in die Hunderte Milliarden Euro gehen usw., um der drohender Deindustrialisierung zu entgehen. Die Gewerkschaftsführungen haben die Konkurrenzsicht der Unternehmen übernommen und richten die Tarifpolitik danach und nicht nach den Forderungen und Bedürfnissen der Kolleginnen und Kollegen!

Reallohnerhöhung jetzt!

Das Kapital sichert seine Profite durch Preisaufschläge (für uns heißt das Inflation bzw. Reallohnverlust) und staatliche Subventionen und seine Konkurrenzfähigkeit durch politische Unterstützung (Zölle für die Konkurrenz, passende Arbeits-, Steuer- und Umweltgesetze). Es wälzt all die Lasten der Krise auf die Arbeiterklasse ab in Form von Reallohnverlusten, Verlängerung und Flexibilisierung der Arbeitszeiten und Prekarisierung.
Für die alte Garde der keynesianischen Gewerkschaftsführungen war der Faustformel für Lohnforderungen noch klar: Inflation + Arbeitsproduktivität + Umverteilung. Das wurde u.a. so begründet: Wenn die Kaufkraft der Arbeiterschaft steigt, dann steigt auch der Konsum und somit wächst auch das BIP.
Für Fahimi, Benner, Vassiliadis u.a. gilt dieser Formel schon längst nicht mehr. Für sie gilt nur noch, die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland zu stärken!
Und für uns gilt es, die Reallöhne zu sichern und zu erhöhen und die Arbeitsplätze zu verteidigen.
Ein paar Fakten für die Diskussion: Die kumulierte Inflation in Deutschland seit dem Jahr 2000 bis Mitte 2026 beträgt insgesamt etwa 63 bis 64%. Das bedeutet, dass das Leben und die Waren im Durchschnitt rund 1,6-mal so teuer sind wie im Jahr 2000. Dem Statistischen Bundesamt zufolge betrug die Inflation im Juli 2,8% und im August 2,9%. Hauptgrund sind die Energiepreise, die um 10,5 Prozent angezogen haben. Wir könnten die Liste, was alles noch teuer geworden ist als vor einem Jahr, noch lange fortsetzen – das ist jedoch überflüssig, denn alle Kolleginnen und Kollegen können ein Lied davon singen, sie erleben es Tag für Tag!
Auch wenn die Gewerkschaftsbürokraten behaupten, es sei gemeinsam diskutiert und durch die Befragung ein Meinungsbild über Forderung entstanden und somit die Forderungsfindung abgeschlossen: das stimmt nicht. Die Metall Kolleginnen und Kollegen können immer noch das Ruder herumreißen. Es ist noch nicht zu spät: Die Kolleginnen und Kollegen haben es noch in der Hand, zu entscheiden, wie diese Tarifrunde verlaufen kann. Die Vertrauensleute und Vertrauenskörper-Leitungen können immer noch, in Absprache mit Kolleginnen und Kollegen, Lohnforderungen beschließen und diese über gewerkschaftliche Kanäle und über soziale Medien bekannt machen.

Es geht nicht nur darum, den Schaden zu begrenzen, sondern durch eine offensive Tarifpolitik eine Umverteilung von oben nach unten zu erreichen. Eine erfolgreiche Tarifrunde wird

WOHIN FÜHRT DIE FORDERUNGSDISKUSSION?

Im Jahre 2024 erzielte die IG Metall einen Tarifabschluss in der Metall- und Elektroindustrie mit einer Laufzeit von 25 Monaten und einer durchschnittlichen Erhöhung der Entgelte von 2,35 Prozent.

Zusätzlich wurde eine Einmalzahlung von 600 Euro vereinbart und für die Azubis und dual Studierende gab es 140 Euro dauerhaft mehr, was für das erste Ausbildungsjahr in einigen Regionen bis zu 15 Prozent mehr Ausbildungsvergütung bedeutet. Große Teile der IG Metall Jugend hatten mit ihrer kämpferischen Haltung gezeigt, was möglich ist in Tarifrunden wenn man sich konsequent in die Diskussionen und Kämpfe mit einbringt. Es war ein beispielhafter Kampf, von dem wir auch für die diesjährige Tarifrunde lernen können. In der damaligen Situation wollte die IG Metall schnell zu einem Abschluss kommen und startete schon mitten in der Tarifrunde die Diskussionen um den Standort Deutschland und die Forderung nach einer Industriepolitik.
Die 25 Monate Laufzeit sind fast vorbei und erneut befinden wir uns mitten in der Forderungsfindung der Metall- und Elektroindustrie. Doch bevor überhaupt eine Diskussion aus den Betrieben entstehen konnte, preschen die Bezirksleiter von Küste und NRW in einem Gespräch mit der Zeit vor. Daniel Friedrich, Bezirksleiter von Küste, schlägt einen Gehaltsaufschlag für Beschäftigte von Unternehmen mit guten Umsätzen vor. Denn die Autokonzerne und Zulieferer würden unter Druck stehen. Rüstungsbetriebe, Medizintechnik und weitere Bereiche würden aber sehr gut verdienen. Knut Giesler, Bezirksleiter von Nordrhein Westphalen, sagt: „Denkbar wäre, das T-Geld zu erhöhen, wenn ein Betrieb eine bestimmte Umsatzrendite erwirtschaftet.“ Das Transformationsgeld ist eine jährliche tarifliche Sonderzahlung in der Metall- und Elektroindustrie. Damit greift man demokratischen Diskussionen und Beschlüssen vor.

Der Gedanke ist jedoch nicht nur von Friedrich und Giesler, sondern vom IG Metall Vorstand. Dieser schaltet im Juni 2026 die Tarifkommissionen aller Bezirke zusammen, um die Diskussion rund um die Forderung in der Tarifrund zu starten. In einem ausführlichen wirtschaftlichen und politischen Referat fasst Sebastian Dullien, Chefökonom des gewerkschaftlichen Instituts für Makroökonomie und Konjunkturpolitik der Hans Böckler Stiftung, zusammen vor welchen Herausforderungen das deutsche Kapital steht. Zur Situation der Metall- und Elektroindustrie erklärt er, dass die Branche sehr verschieden aufgestellt sei. Es brauche in dieser Tarifrunde differenzierte Lösungen. Alle weiteren Referate von der Vorsitzenden Christiane Benner und auch des Tarifvorstandsmitglieds Nadine Bugowslawski machen den selben Punkt. Bugowslawski macht neben dem Gehaltsaufschlag bei gut laufenden Betrieben auch das Pforzheimer Abkommen auf und fragt in die Runde ob das Pforzheimer Abkommen in seiner aktuellen Fassung genüge.

Das Pforzheimer Abkommen ist ein Tarifvertrag in der Metall- und Elektroindustrie, der es den Unternehmen erlaubt tarifvertragliche Leistungen für eine gewisse Zeit zu unterschreiten. Heißt: Beschäftigte in Betrieben, denen es „nicht so gut geht“geben beispielsweise für eine gewisse Zeit Urlaubs- und Weihnachtsgeld ab und oder verzichten auf Lohnerhöhungen. Auch beim oben genannten T-Zug gibt es Regelungen, die Unternehmen die Möglichkeit bieten die Sonderzahlung einzukassieren, nämlich wenn die Nettoumsatzrendite unter 2,3 Prozent fällt.
Die Diskussionen rund um die Forderungsfindung in einer Tarifrunde laufen häufig entlang der Frage der wirtschaftlichen Situation der Unternehmen. So ist dies auch eine der ersten Fragen der Beschäftigtenbefragung der IG Metall, die einen Auftakt der Forderungsdiskussion bilden soll. Doch Tarifpolitik sollte nicht an den erfüllten oder nicht erfüllten Gewinnerwartungen der Unternehmen gemessen werden. In der Tarifrunde geht es um unsere Forderungen, nicht die der Unternemen. Warum sollten wir verzichten, wenn Volkswagen 5 Milliarden statt 12 Milliarden Euro Gewinn gemacht hat?

Beteiligung an den Forderungsdiskussionen

Umso wichtiger ist es in diesen Zeiten eine breite Forderungsdiskussion aus den Betrieben zu organisieren. Am 23.09 soll der IG Metall Vorstand nach den Tarifkommissionen über eine Forderung abstimmen. Bis dahin liegt es an uns allen, uns an den Diskussionen zu beteiligen und wenn es keine gibt sie zu initiieren. Hier reicht nicht nur die Beschäftigtenbefragung, sondern tatsächlich über eine Forderungshöhe zu diskutieren und am Ende auch in Vertrauensleuteversammlungen zu beschließen und auch mit dieser Forderung in die Diskussionen in der Tarifkommission einzusteigen. Auch die Veröffentlichung solcher Forderungen aus den Betrieben kann in der Fläche die Diskussionen befördern und den Kämpfen in der Tarifrunde neuen Aufwind geben. Tatsächlich führen auch Teile der IG Metall, vorallem aus der Jugend, eine Diskussion darüber wie eine Beteiligung von mehr Kolleginnen und Kollegen möglich sein kann um ein größeres Bild davon zu bekommen was die Kollegen tatsächlich über den Stand der Tarifrunde denken und auch intervenieren können. Dazu gibt es Ideen wie Tarifbotschafter, die für ihre Abteilungen, zum jeweiligen Verhandlungsstand Rückmeldungen einholen und in die Tarifkommissionen tragen. Das mag kein Wundermittel sein in den Tarifrunden, ist aber ein Ansatz um die Tarifrunde mehr von unten zu gestalten.

Die Unternehmen, vorallem in der Metall- und Elektroindustrie, halten sich nicht zurück mit Forderungen an Politik und Beschäftigte. Nun ist die Zeit um den Unternehmen aber auch dieser Politik eine Absage zu erteilen. Dafür müssen wir uns aber in diese Tarifrunde einbringen und mit unseren Kollegen diskutieren.

AFD ALS NEUE ARBEITERPARTEI?

„Wir stehen an Deiner Seite!“ schleimen sich die Vorsitzenden Weidel und Chrupalla bei uns ein. Doch die AfD ist eine Partei gegen die Interessen von uns Werktätigen, Frauen, Jugendlichen und Arbeitslosen - sie ist eine Partei für das Kapital!

Blicken wir auf die arbeiterfeindlichen Positionen: Der Anhebung des Mindestlohns auf schon damals viel zu geringe 12 Euro verweigerte die AfD 2022 im Bundestag. Auch die Ausweitung des Streikrechts lehnte die AfD ab. Tarifverträgen stellt sie sich in den Weg: In Baden-Württemberg wollte sie das Landestariftreuegesetz abschaffen. Als der Bundestag in der Pandemie eine Sonderprämie für Beschäftigte in „systemrelevanten Berufen“ beriet, war es die AfD, die das ablehnte.

Auch das neue Parteiprogramm zählt unzählige arbeiterfeindliche Forderungen auf! Stattdessen zeigt die AfD vollen Einsatz für die Reichen. Sie will Vermögens- und Erbschaftssteuer abschaffen und Leute mit hohem Einkommen stärker entlasten als solche mit geringerem Einkommen. Die Gewerkschaften betrachtet die AfD als Feind und beschuldigt sie, uns zu verleiten, höhere Löhne zu fordern. Es verwundert darum nicht, dass die AfD nicht die systemische Profitgier des Kapitals, sondern die Gewerkschaften als das Hauptproblem für die Wirtschaft betrachtet.

Für uns muss klar sein: Fallen wir nicht auf die nationalistische Hetze der AfD herein, der soziale Gegensatz im Land verlaufe nicht zwischen oben und unten, sondern zwischen innen und außen. Sie wollen uns spalten und schwächen! Die AfD fordert Remigration - das sind Kollegen, mit denen wir zusammenleben und arbeiten, kämpfen und streiken! Die AfD warnt vor Flüchtlingen, nicht vor Kapitalisten, die zurzeit härteste Angriffe auf unsere sozialen und betrieblichen Rechte durchsetzen. Kämpfen wir gegen Sozialabbau und Krieg, entziehen wir der AfD den Nährboden!

DER PROTEST KOMMT VON UNTEN

Mit dem Anwachsen des Widerstandes gegen die Angriffe der Regierung wird auch eine Kritik an der Haltung der Gewerkschaftsführung lauter.

In vielen Betrieben gibt es kämpferische Initiativen von der Basis, die einen offensiven Kurs der Gewerkschaften einfordern. Die Gewerkschaftsführungen hingegen sehen sich genötigt, sich mindestens verbalradikal zu äußern und mit Aktionen den Versuch zu unternehmen, die kämpferischen Teile der Arbeiterklasse zu beschwichtigen, halten aber trotzdem an ihrer Standortpolitik fest..

Die Regierung verliert keine Zeit

Dass die Arbeiterklasse in diesem Land sich auf einiges gefasst machen muss, wissen wir seit der „Zeitenwende“. Und dass sich das Tempo der Angriffe auf uns erhöht, war von Tag eins der Merz Regierung an klar. Schon im Koalitionspapier der CDU/CSU- und SPD- Regierung wurde die Abschaffung des 8-Stunden-Tags gefordert. Kaum eine Woche ist seitdem vergangen, in der wir nicht zu hören bekommen, dass wir zu „faul“ seien, dass wir „mehr arbeiten müssen“ oder Schluss sein müsse mit „Lifestyle-Teilzeit“. Gemeinsam mit den Wirtschaftsverbänden, die forderten, „2026 muss das Jahr der Reformen werden“, bereitete die Regierung Schritt für Schritt ihre Angriffe auf das Gesundheits-, Renten- und Sozialsystem vor. Anfang Juli wurden diese Drohungen dann konkret: Der „Herbst der Reformen“ soll die Rente mit 70, 48 Monate sachgrundlose Befristung, Verschärfungen bei der Krankschreibung und noch einiges mehr bringen. Aber bei Ankündigungen blieb es nicht. Ein Gesetz zu den Krankenkassen etwa, das Beiträge erhöht und Leistungen reduziert, wurde am 10. Juli bereits beschlossen. Völlig klar ist also: Mit Protest noch zu warten, ist falsch. Die Zeit zu handeln ist längst gekommen!

Auch wir dürfen keine Zeit verlieren

Das haben tausende Kolleginnen und Kollegen bundesweit erkannt. In Juni und Juli setzten die ersten größeren Proteste ein – teilweise mit Beteiligung des DGB oder von ihm organisiert. In Hamburg versammelten sich 4.000 Menschen, in Berlin und im Ruhrpott je 3.000 und an vielen weiteren Orten zeigten Gewerkschafter, dass die Zeit des Abwartens vorbei ist. Dass es überhaupt so lange gedauert hat, bis die Gewerkschaften in Bewegung geraten, ist vor allem auf die Gewerkschaftsführung zurückzuführen, die permanent auf der Bremse steht. „Wir holen die Beschäftigten vor die Werkstore.“ Das hatten Yasmin Fahimi (DGB-Vorsitzende), Christiane Benner (IG Metall Vorsitzende) und Frank Werneke (ver.di Vorsitzender) im Oktober 2025 in Reaktion auf die Kürzungspläne der Regierung angekündigt. Gute Sache - und was ist dann passiert? Anstatt bereits im Frühjahr eine starke Verteidigung aufzubauen, hat man von der DGB-Führung vor allem Beschwichtigungen gehört. Zum „Reformpaket“ sagte Fahimi: „Viele der Ergebnisse des gestrigen Koalitionsausschusses sind richtige Signale für Beschäftigung, Wachstum und Entlastung. Ich erkenne darin den ernsthaften Willen der Bundesregierung, die großen Herausforderungen wirklich anzupacken. Die Ergebnisse machen deutlich, dass sich der konstruktive Dialog mit den Sozialpartnern lohnt.“ Christiane Benner nannte das Paket „eine bunte Tüte Süßes und Saures“. Und auch Michael Vassiliades (IG BCE-Vorsitzender) fand freundliche Worte: „Das von der Renten-Kommission vorgelegte Reformpaket bietet eine gute Grundlage für den weiteren politischen Abstimmungsprozess zur nachhaltigen Sicherung der Altersversorgung“. Einstimmig halten diese drei Vorsitzende an der Sozialpartnerschaft und ihrer Standortpolitik fest und erzählen Lügen von einer konstruktiven Zusammenarbeit mit der Regierung - nicht so verwunderlich, wenn man bedenkt, dass alle drei Mitglied in der Regierungspartei SPD sind.

Dass Aktionen im Juni und Juli stattgefunden haben, liegt also nicht an der Gewerkschaftsführung. Im Gegenteil, es war die Initiative des kämpferischen Teils der gewerkschaftlichen Basis und insbesondere der Jugend, die diese Proteste eingefordert und sie durch eine Mobilisierung in den Betrieben mit Resolutionen, Flyern, Beiträgen auf Betriebsversammlungen und so weiter auf die Beine gestellt haben. Diesem Druck mussten die Gewerkschaftsführungen widerwillig nachgeben, stellen kämpferische Aktionen ihre Sozialpartnerschaft doch sehr in Frage.

Vor die Werkstore

Was die Beschäftigten tatsächlich vor die Werkstore bringt, haben die Kolleginnen und Kollegen von Mercedes-Benz demonstriert. Bundesweit haben am 3. Juli 33.000 Beschäftigte die Arbeit niedergelegt, um gegen die Abschaffung der 35-Stunden-Woche bzw. eine unbezahlte Erhöhung der Arbeitszeit auf 40-Stunden, Einschnitte bei tariflichen Leistungen, überzogene Dividenden und einen Kürzungskurs des Konzerns auf dem Rücken der Belegschaft zu protestieren. Den Ton zu diesen Protesten setzten unter anderem die IG-Metall-Vertrauensleute des Werks Untertürkheim. Sie hatten bereits einige Tage zuvor eine Resolution mit dem Titel „Schluss jetzt! Protest, Widerstand, Streik!“ veröffentlicht, die einen entschiedenen Widerstand gegen die Pläne der Regierung einfordert. Die Resolution richtet sich an die Kolleginnen und Kollegen im Land, die aufgefordert werden, die politische Diskussion über die Angriffe in ihren

Betrieben zu führen und dort eine Gegenwehr zu mobilisieren. Sie wendet sich aber auch mit der Ansage an die Gewerkschaftsspitze, ihre Passivität nicht länger hinzunehmen.
Welchen Unterschied es macht, ob die Masse der Belegschaft in Bewegung gebracht wird oder nicht, zeigte sich gut beim VW-Aktionstag, der einige Tage nach dem Protest bei Mercedes stattfand. Das Management hatte hier angekündigt, in Zukunft 100.000 Stellen abzubauen und vier Werke zu schließen. Anders als bei Mercedes waren nur Vertrauensleute und Betriebsräte aufgerufen und die Zahl der Protestierenden dadurch natürlich deutlich kleiner. Und so spielt der VW-Aktionstag in der Presse im Gegensatz zum Mercedes-Protest kaum eine Rolle, auch wenn die Angriffe auf die Belegschaft nicht weniger schwer wiegen.

Kritik von der Basis

Kurz nach der Veröffentlichung der Untertürkheim-Resolution lieferten die IG-Metall-, und IG BCE-Vorsitzenden, Benner und Vassiliadis, erneut Anlass zur Kritik. In einem gemeinsamen Gastkommentar mit Peter Leibinger, dem Präsidenten des Bundesverbands der Industrie, forderten sie im Handelsblatt eine gemeinsame „Agenda“, die „die Kosten senkt […] und Produktivität erhöht“. Was das bedeutet, sehen wir jeden Tag: Die Unternehmen bauen tausende Stellen ab, um Lohnkosten zu reduzieren, und erhöhen das Pensum für die verbleibenden Kolleginnen und Kollegen, um die Produktivität hochzuhalten. Auf den Handelsblatt-Kommentar folgte ein offener Brief von Vertrauensleuten und Betriebsräten von Mercedes-Benz Untertürkheim, der Benners gemeinsame Sache mit der Kapitalseite kritisierte. Und diese Beispiele, bei denen die betrieblichen Gremien aus der Gewerkschaftsbasis heraus die Forderung nach dem Ende der Sozialpartnerschaft und einem kämpferischen Kurs der Gewerkschaften erheben, mehren sich. Auf die Resolution der IG Metall-Vertrauensleute von Mercedes Untertürkheim folgte eine ähnliche Resolution von IG Metall-Ortsjugendausschüssen und der JAV-Mercedes-Benz Untertürkheim, ein offener Brief von Betriebsrat und IG Metall-Vertrauensleuten der WMF Group an Merz und auch ein offener Brief der Vorsitzenden des ver.di-Gewerkschaftsrates, Lisette Hörig, die Fahimis Haltung zum „Reformpaket“ kritisiert. Die Kolleginnen und Kollegen haben durch ihre Haltung gezeigt das WIR die Gewerkschaft sind und nicht die, die eine Agenda fordern, die „die Kosten senkt […] und Produktivität erhöht!“

Es ist notwendig, dass sich solche Beispiele vermehren und mit ihnen die Mobilisierung der Basis der Gewerkschaften vorangeht. Das gilt nicht nur für die Positionierung zu den Angriffen auf unsere Rechte und sozialen Errungenschaften, sondern auch für die Tarifauseinandersetzungen. Wie erfolgreich die M+E Tarifrunde ausgeht, hängt wie im Fall der Sozialproteste davon ab, wie breit die Beteiligung ist – angefangen mit der Entscheidung über die richtigen Forderungen bis zur Strategie, um diese auch umzusetzen. Und so sind der anstehende bundesweite Aktionstag gegen den Sozialabbau am 26.09. sowie der KFZ-Aktionstag am 21.9. wichtig für die M+E Tarifrunde und andersherum. **Es ist derselbe Kampf, in dem wir als Gewerkschafter und Arbeiterinnen und Arbeiter uns für uns selbst stark machen müssen und dabei nicht darauf warten können, von Oben die Anweisung dafür zu bekommen.**

AM 26. SEPTEMBER GEHEN WIR AUF DIE STRASSEN!

Der DGB ruft in 15 Städten zu Protesten gegen die Sozialkürzungen auf.

Hier zur Übersicht:

DIE BOSSE WOLLEN GEGENWEHR JETZT!

Resolution der Vertrauensleute von Daimler Untertürkheim

Fast kein Tag vergeht, an dem nicht ein Unternehmen ankündigt, zu entlassen oder auf unsere Kosten „sparen“ zu müssen. Die Krise ist allgegenwärtig. Und die Bosse wollen uns dafür bezahlen lassen. Auch die Regierung tut nichts für uns. Sie will den gesetzlichen 8-Stunden-Tag abschaffen. Wir sollen länger arbeiten für das gleiche Geld oder sogar für noch weniger. Zusätzlich plant sie die „Rente mit 70“. Wir sollen arbeiten, bis wir sterben. Das Bürgergeld wird zur sogenannten „Grundsicherung“. Wir sollen also gezwungen sein, auch noch die letzte mies bezahlte Stelle anzutreten, wenn die Bosse unseren Job vernichten. Das Gesundheitssystem wird kaputtgespart und medizinische Versorgung zunehmend zu einem Privileg für Reiche. Das Geld was in den Sozialkassen durch die Sparmaßnahmen fehlt, fließt auch in die Aufrüstung. Unsere Jugend soll wieder für die Profite der Konzerne in den Krieg ziehen.

Die Bosse, ihre Regierung und wir?
Wir stehen auf verschiedenen Seiten der Barrikade!

Sie wollen auf unseren Kosten ihre Krise überwinden und noch reicher werden. Wir dagegen wollen einen guten Job, soziale Sicherheit und Frieden. Doch das gibt es nicht von selbst. Sich selbst leidtun, auf eine vermeintliche „Alternative für Deutschland“ hoffen oder Bitten und Betteln bei der Regierung hilft nicht. Bessere Politik braucht unseren gewerkschaftlichen und politischen Kampf! Deshalb warten wir nicht, bis uns jemand bittet zu protestieren. Wir fangen damit an!

- Wir diskutieren wieder stärker politisch mit unseren Kolleg:innen vor Ort im Betrieb. „Wer seine Lage erkannt hat, wie soll der aufzuhalten sein?“
- Wir nutzen alle sich uns bietenden Gelegenheiten, um die Bosse und ihre Regierung zu kritisieren. Zukünftig gibt es keine Betriebsversammlung, keine Betriebsratssitzung, keine Gewerkschaftsversammlung ohne politische Diskussion.
- Auch wenn wir zu Beginn wenige oder gar allein sind; wenn wir die Stimme erheben und Haltung zeigen, werden wir mehr werden.
- Sobald wir spüren, dass die Stimmung in unserer Belegschaft reif dafür ist, werden wir im Betrieb und in unserer Stadt Protest organisieren.
- Wir engagieren uns in unserer Gewerkschaft und verlangen so bald wie möglich, Demonstrationen gegen die Gier der Bosse, gegen die Regierung und für eine bessere Zukunft zu organisieren. Bis hin zum Streik. Und wenn die Gewerkschaftsspitzen sich zieren, dann machen wir das selbst.

FÜR WEN WIRD SICH DIE WIRTSCHAFT ERHOLEN?

Wirtschaftsforschungsinstitute revidieren nacheinander ihre Prognosen für die kommende Zeit.

Nach den neuen Prognosen werden in den bürgerlichen Medien Fragen gestellt wie: „Wird sich die Wirtschaft diesmal wirklich nachhaltig erholen?“ In den Frühjahrsgutachten der „fünf Wirtschaftsweisen“, die die Regierung beraten, sah das Bild noch recht düster aus. Die „Wirtschaftsweisen“, die in ihren Herbstgutachten die Wachstumsprognosen von 0,9 Prozent auf 0,5 Prozent gesenkt haben, vertreten seit langem die Ansicht, dass „ohne umfassende soziale Reformen kein Aufschwung zu erreichen ist“.

Deutschlands führende Wirtschaftsforschungsinstitute haben ihre Wachstumsprognosen für die Jahre 2026 und 2027 angehoben. Als Begründung werden folgende Punkte angeführt:

-Der „ifo-Index“ ist zuletzt zum vierten Mal in Folge gestiegen.[1]

Insbesondere im verarbeitenden Gewerbe sind die Auftragseingänge deutlich gestiegen. Jupp Zenzen, Konjunkturexperte des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK), erklärte: „Die Auftragseingänge sind auf dem höchsten Stand seit Jahresbeginn.“

-Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (DESTATIS) wuchs das Bruttoinlandsprodukt im zweiten Quartal um 0,3 Prozent und damit etwas stärker als erwartet. (DESTATIS hatte bereits zuvor die Wachstumszahlen der vergangenen Jahre nach oben korrigiert.[2] Demnach war die deutsche Wirtschaft seit Ausbruch der Corona-Krise nicht ins Stocken geraten, sondern hatte im Gegenteil ein – wenn auch geringes – Wachstum von 1,4 Prozent verzeichnet.)

-Auch bei den Exporten ist eine leichte Erholung zu verzeichnen: In der ersten Hälfte des Jahres 2026 wurde im Vergleich zum Vorjahreszeitraum ein Anstieg um 3,9 Prozent verzeichnet, und Deutschlands Außenhandelsüberschuss belief sich auf 105 Milliarden Euro.[3] Das Wirtschaftswachstum von 0,3 Prozent wird vor allem auf den Anstieg der Exporte zurückgeführt.

DESTATIS geht zudem davon aus, dass die Reallöhne im Jahr 2026 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 1,5 Prozent gestiegen sind und dass dies zu einem Konsum beitragen wird, der den Binnenmarkt beleben wird. Die dem DGB angegliederte Hans-Böckler-Stiftung (HBS) ist in Bezug auf die Reallöhne zurückhaltender: Die HBS rechnet für das Gesamtjahr mit einem Reallohnanstieg von 0,7 Prozent. Es sei daran erinnert, dass es ziemlich gewagt ist, von einem Anstieg der Reallöhne zu sprechen, solange das Jahr noch nicht zu Ende ist und somit noch nicht feststeht, wie sich die Inflation tatsächlich entwickeln wird, und ebenso gewagt ist es, Prognosen über die positiven Auswirkungen auf den Konsum anzustellen.

Arbeitslosigkeit, Armut, Sozialkürzungen...

Dass die Wirtschaft seit der Corona-Pandemie – wenn auch nur geringfügig – gewachsen ist, dass sie für die kommende Zeit wieder eine Erholungstendenz aufweist, dass die Auftragsbücher in der verarbeitenden Industrie überquellen und dass die Exporte wieder steigen, sind zwar wichtige Daten, enthalten jedoch keinerlei Informationen über die Arbeits-, Lebens- und Bildungsbedingungen der Arbeitnehmer, Rentner, Jugendlichen und Kinder im Land.

Die offizielle Arbeitslosigkeit liegt bei über 3 Millionen, die versteckte Arbeitslosigkeit hingegen bei 3,6 Millionen: 6,6 Millionen Menschen sind arbeitslos! Es ist bekannt, dass in den kommenden Monaten Zehntausende Arbeitnehmer entlassen werden.

Offiziell gelten 13,3 Millionen Menschen als arm, zusammen mit den in der Armut lebenden, die nicht in den Statistiken erfasst sind, steigt diese Zahl auf 17,6 Millionen (siehe: www.vostel.de/blog/armut-deutschland/). 20 Prozent der Kinder leben offiziell in Armut. Es gibt keine offiziellen Daten zu Schülern und Studenten, die neben dem Studium arbeiten müssen, zu Rentnern, die in ihrer Altersarmut von dem Sammeln von Flaschen leben, oder zu Menschen, die auf der Straße leben müssen, weil sie keine Unterkunft haben.

Daher findet sich in keiner der veröffentlichten positiven Wirtschaftsnachrichten auch nur ein einziger Hinweis darauf, wie sich diese positiven Entwicklungen positiv auf die Löhne der Arbeitnehmer, die Renten der Rentner sowie auf Gesundheit, soziale Sicherheit und Bildung auswirken könnten. Stattdessen wird in den Nachrichten betont, dass der Aufschwung noch in den Anfängen stecke und wie eine „zarte Blume“ geschützt werden müsse. Kurz gesagt: Man bemüht sich darum, dass sich der wirtschaftliche Aufschwung nicht auf die Arbeitnehmer und die armen Bevölkerungsschichten auswirkt.

Auf der anderen Seite mahnen die Kapitalverbände, dass die Regierung die geplanten Reformen buchstabengetreu umsetzen, nicht von den Sparplänen abweichen und in keinem Punkt, der zugunsten der Arbeitnehmer und der zukünftigen Rentner sein könnte, einen Rückzieher machen darf.

Es gibt genug Geld!

Im Herbstbericht (2025) der „fünf Wirtschaftsweisen“, die die Regierung beraten, wurden die Grundlagen für die Rentenreform dargelegt, während im Frühjahrsbericht (2026)[4] die Grundlagen für die Reform der Kranken- und Pflegeversicherung dargelegt wurden.

Auch wenn dies auf den ersten Blick wie ein technischer Bericht von Experten aussieht, handelt es sich in Wirklichkeit um ein Angriffsprogramm gegen die Arbeiterklasse. Die Mehrheit der „Weisen“ schlägt radikale Kürzungen in den Sozialversicherungssystemen vor. Diese Vorschläge stellen in Wirklichkeit eine massive Umverteilung von unten nach oben – vom Arbeitnehmer zum Kapital – dar. Mit diesen Vorschlägen wird der Weg für einen Prozess geebnet, durch den sich die oben beschriebene missliche Lage dieser Klasse noch weiter verschlechtern wird.

Als Rechtfertigung für all diese Angriffe wird angeführt, dass die Staatskassen leer seien. Die Ursache für leere Staatskassen oder steigende Staatsschulden ist jedoch nicht das Sozialversicherungssystem. Der Grund dafür sind die Konjunkturpakete, die der Staat durch Kreditaufnahme am Markt zugunsten des Kapitals schnürt, sowie die militärischen Vorbereitungen für imperialistische Aufteilungskriege!

Andererseits wächst das private Vermögen in Deutschland von Tag zu Tag: Nach Berechnungen der DZ Bank sind die privaten Geldvermögen im Jahr 2025 im Vergleich zum Vorjahr um rund 6 Prozent (600 Milliarden Euro) auf 10,03 Billionen Euro gestiegen. Die DZ Bank rechnet damit, dass die finanziellen Vermögenswerte im Jahr 2026 mit einem Anstieg von etwas mehr als 5 Prozent 10,5 Billionen Euro erreichen werden.

Hinzu kommen die Gewinnrücklagen aller Unternehmen, allen voran der großen Konzerne. Über deren Höhe liegen keine Daten vor. Betrachtet man, dass allein die Konzerne BMW, Mercedes und VW im Jahr 2025 insgesamt fast 300 Milliarden Euro an Gewinnrücklagen in ihren Kassen hatten, wird deutlich, dass alle Konzerne und Großunternehmen über eine gigantische Summe verfügen.

Eine bessere Zukunft wird durch Kampf erreicht

Die sozialen Angriffe des Kapitals und der Regierung zurückzuschlagen, Entlassungen zu verhindern, Lohnraub zu stoppen und bessere Arbeits- und Lebensbedingungen zu erreichen, ist nur durch Kampf möglich. Ohne auf die Straße zu gehen und die Produktion lahmzulegen, werden die geplanten Angriffe nicht abgewehrt, sondern es wird der Weg für neue Angriffe geebnet.

Der September könnte in dieser Hinsicht ein wichtiger Wendepunkt sein. Die IG Metall ruft nach vielen Jahren erneut Hunderttausende von Automobilarbeitern dazu auf, die Produktion lahmzulegen: Am 21. September werden in allen Werken der Automobilindustrie verschiedene Aktionen stattfinden. Diese Aktionen dienen zugleich als Vorbereitung auf die vom DGB für den 26. September aufgerufenen Demonstrationen gegen soziale Angriffe in 15 Städten des Landes.

Damit beide Aktionstage erfolgreich verlaufen, müssen alle kämpferischen Arbeitnehmer und Gewerkschafter unverzüglich aktiv werden.

---

1 Der ifo-Index basiert auf einer Umfrage unter Unternehmensleitern, in der diese die aktuelle Geschäftslage sowie die für die nächsten sechs Monate erwartete Lage bewerten. Die Umfrage wird bei rund 9.000 Unternehmen durchgeführt. Daher lassen sich anhand des ifo-Index Veränderungen in der Gesamtwirtschaft in der Regel deutlich früher erkennen als anhand offizieller statistischer Daten. Weitere Informationen finden Sie auf den Seiten des ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung: www.ifo.de

2 www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Volkswirtschaftliche-Gesamtrechnungen-Inlandsprodukt/sommerueberarbeitung-2025.html

3 www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2026/08/PD26_278_51.html

4 www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/fruehjahrsgutachten-2026.html

AUTOMOBILINDUSTRIE

KRISE DURCH ÜBERKAPAZITÄTEN

Die Automobilkonzerne wälzen die Last der Krise auf die Schultern der Arbeiter ab. Massenentlassungen und weit verbreitete Lohnkürzungen stehen in der Automobilindustrie auf der Tagesordnung.

Die weltweite Automobilindustrie steuert auf eine große Überproduktionskrise zu. Deutschland, das zu den weltweit wichtigsten Automobilproduktionsländern zählt, ist von dieser Entwicklung stark betroffen. Nach Einschätzung des Verbandes der Automobilindustrie (VDA) könnten bis zum Jahr 2035 etwa 225.000 Beschäftigte in der deutschen Automobilbranche ihren Arbeitsplatz verlieren.
Auf dem europäischen Kontinent, wo Überkapazitäten von mehr als 5 Millionen Fahrzeugen bestehen, sind 35 Automobilwerke überflüssig. Nach Angaben des Fraunhofer-Instituts könnten bis zum Jahr 2035 europaweit insgesamt 660.000 Arbeiter ihren Arbeitsplatz verlieren.

Wann arbeitet ein Werk rentabel?

Experten zufolge wird die „volle Kapazitätsauslastung“ in der Automobilproduktion selten als Ziel angesehen. Produktvielfalt, Wartung, Produktionssteigerungen und betriebliche Flexibilität erfordern ein gewisses Maß an Reservekapazität. Daher gilt eine durchschnittliche Kapazitätsauslastung von 80 Prozent als wirtschaftlich tragfähig und als realistischer Bezugspunkt für Automobilproduktionsnetzwerke.
Natürlich sehen die Aktionäre der Konzerne das anders als diese Experten. Je produktiver sie dieselbe Produktionsstätte nutzen, desto besser ist es für sie. Wenn diese Quote überschritten wird, versuchen sie daher, statt die Produktionsstätte zu vergrößern oder ein neues Werk zu errichten, so lange wie möglich mit möglichst wenigen Arbeitern in der bestehenden Fabrik den größtmöglichen Output zu erzielen.
Um die Arbeitszeit der Beschäftigten zu verlängern, werden tägliche und Wochenend-Überstunden ins Spiel gebracht und flexible Arbeitsmodelle eingeführt. Aus diesem Grund werden in Unternehmen wie BMW und Mercedes, die ihre Produktionskapazitäten in hohem Maße auslasten können, Wege und Methoden zur Verlängerung der Arbeitszeit geprüft.
Bei der BMW Group gibt es rund 300 verschiedene Arbeitsmodelle, die in Verhandlungen mit den Betriebsräten festgelegt wurden. BMW-Personalchef Ernst Baumann betont, dass es wichtig sei, die Betriebszeiten der Maschinen von den individuellen Arbeitszeiten zu trennen. Das Ziel sei es, möglichst lange Arbeitszeiten bei möglichst geringen Überstundenzuschlägen zu gewährleisten. (Sh.: www.manager-magazin.de/unternehmen/artikel/a-308952.html)
In einem Interview mit dem „Handelsblatt“ argumentierte Martin Brudermüller, Aufsichtsratsvorsitzender von Mercedes, dass die Arbeitskosten in Deutschland im internationalen Vergleich sehr hoch seien: „Wir haben gegenüber unseren wichtigsten Wettbewerbern keinen Produktivitätsvorteil mehr. Wir haben zwei Möglichkeiten: Entweder werden die Löhne gekürzt, oder man arbeitet bei gleichem Lohn länger“, sagte er. Brudermüller forderte im selben Interview, die 35-Stunden-Woche aufzugeben und wieder zur 40-Stunden-Woche zurückzukehren.
Natürlich weiß auch Brudermüller, dass eine Verlängerung der Arbeitszeiten ohne Lohnausgleich eine Senkung der Löhne bedeutet.
Andererseits bedeutet ein Rückgang der Produktionskapazität unter 80 Prozent nicht automatisch, dass Verluste entstehen. In den Automobilwerken, die heute unterhalb dieser Quote produzieren, fallen die Gewinne lediglich etwas geringer aus.

Der VW-Konzern ist am stärksten betroffen

Unter den 20 Automobilwerken in Deutschland liegt die Auslastung in den Werken des Volkswagen-Konzerns deutlich unter der Produktionskapazität. Insbesondere die Marke Volkswagen des Konzerns sticht in dieser Hinsicht hervor. In fünf Werken werden zwischen 49 und 71 Prozent der Produktionskapazität genutzt (siehe Tabelle).
In zwei Werken der zum Konzern gehörenden Marke Porsche werden 45 bzw. 56 Prozent der Kapazität ausgeschöpft, während dieser Anteil bei Audi bei 76 bzw. 81 Prozent liegt.
Wie oben erwähnt: Ein Rückgang der Produktionskapazität unter 80 Prozent bedeutet nicht automatisch, dass Verluste entstehen – es wird lediglich das angestrebte maximale Gewinnziel nicht erreicht.

75 Millionen Überkapazität!

Genau hier beginnt das Problem. Auf dem weltweiten Automobilmarkt herrschen 14 große Konzerne mit insgesamt rund 100 etablierten Automarken. Daneben gibt es noch etwa 200 meist kleine Automobilhersteller, deren Einfluss auf den Markt jedoch sehr gering ist. Im Jahr 2024 wurden weltweit etwa 75,5 Millionen Personenkraftwagen verkauft. Davon entfielen 69,13 Millionen auf die genannten 14 Automobilkonzerne. Das sind etwas mehr als 91 Prozent der Gesamtverkäufe.
Um sich einen größeren Marktanteil zu sichern, haben diese großen Konzerne seit Beginn der 2000er Jahre ihre Produktionskapazitäten weltweit enorm ausgebaut.
Ein Bericht[1] der Boston Consulting Group zeigt, dass die weltweite Produktionskapazität gigantisch ist. Legt man die von Experten als „angemessen“ angesehene Produktionskapazität von 80 Prozent zugrunde, so ergibt sich eine weltweite Produktionskapazität von 126 Millionen Personenkraftwagen. Betrachtet man hingegen die „100-Prozent-Kapazität“ (bei entsprechender Berechnung), so steigt diese Zahl auf 157,5 Millionen Fahrzeuge.
Berücksichtigt man, dass im Jahr 2025 weltweit 86 Millionen Personenkraftwagen produziert und davon 81,6 Millionen verkauft wurden, so ergibt sich eine Überproduktion von 4,4 Millionen[2] Fahrzeugen.
Die tatsächliche Überkapazität liegt jedoch gemessen an der 100%-Kapazität bei etwa 75,9 Millionen Fahrzeugen.
Andererseits findet die Überproduktion nicht nur in den Montagewerken statt. Die eigentliche Überproduktion findet heute in der Automobil-

1 Für mehr Infos: „Das Problem der Überkapazitäten in der europäischen Automobilindustrie: Maßnahmen, die bis 2026 ergriffen werden müssen – Weißbuch“ www.bcg.com/assets/2026/white-paper-europes-automotive-overcapacity-imperative-2026.pdf
2 Jedes Jahr wird eine beträchtliche Anzahl von Fahrzeugen zu viel produziert, die sich nicht verkaufen lassen. Die Konzerne geben der Öffentlichkeit keine Auskunft darüber, wie viele Fahrzeuge sie auf riesigen Parkplätzen lagern.

DEUTSCHE AUTOMOBILINDUSTRIE 2005–2026

BESCHÄFTIGTE, PRODUZIERTE PERSONENKRAFTWAGEN, UMSATZ PRO BESCHÄFTIGTEN

JAHR	BESCHÄFTIGTE (Personen)	PRODUZIERTE PERSONENKRAFTWAGEN (Stück)	GESAMTUMSATZ (Mrd. Euro)	UMSATZ PRO BESCHÄFTIGTEN (Euro)	VERÄNDERUNG (gegenüber dem vorherigen Zeitraum)
2005	731.000	5.350.187	≈ 279,7	382.700	–
2015	790.000	5.708.138	≈ 403,5	510.700	+33,4 %
2025	731.928	4.148.836	533,74	729.200	+42,8 %
2026*	691.500	2.433.100	–	–	Daten des laufenden Jahres (Januar–Juli / Juni)

Alle Zahlen beziehen sich auf den Stand Ende 2025.

Marke / Werk		Produktion	Gesamtkapazität	Kapazitätsauslastung (%)	Beschäftigte
AUDI	Ingolstadt	341.420	450.000	76	40.000
	Neckarsulm	181.455	225.000	81	15.509
BMW	Dingolfing	279.553	300.000	93	18.000
	Leipzig	259.430	400.000	65	6.800
	München	177.481	200.000	89	6.500
	Regensburg	356.000	400.000	89	9.000
Ford	Köln	50.000	250.000	20	10.000
MERCEDES	Bremen	318.000	400.000	80	11.500
	Düsseldorf	100.000	200.000	50	5.200
	Rastatt	275.000	300.000	92	6.000
	Sindelfingen	210.000	300.000	70	31.500
OPEL	Rüsselsheim	95.000	130.000	73	1.350
PORSCHE	Leipzig	101.910	225.000	45	4.700
	Zuffenhausen	67.145	120.000	56	7.400
TESLA	Grünheide	220.000	375.000	59	11.000
VOLKSWAGEN	Emden	147.000	300.000	49	7.700
	Hannover	110.000	200.000	55	12.000
	Osnabrück	28.000	50.000	56	2.000
	Wolfsburg	577.444	900.000	64	60.000
	Zwickau	212.000	300.000	71	8.000

QUELLEN
Boston Consulting Group, DESTATIS und Jahresabschlüsse der Unternehmen.

HINWEIS
Alle Zahlen beziehen sich auf den Stand Ende 2025 und umfassen die Automobilproduktionswerke in Deutschland.

zulieferindustrie statt. Um ein einfaches Beispiel zu nennen: Gemäß einer Vereinbarung, die Ford und VW im Jahr 2020 unterzeichneten, sollte die Plattform für die ab 2023 in Köln von Ford hergestellten Elektrofahrzeuge von VW produziert werden.

Gemäß der Vereinbarung wird Ford bis spätestens 2030 1,2 Millionen Plattformen von VW beziehen. Neben VW treffen auch andere Zulieferunternehmen in der Produktionskette Vorbereitungen für diesen Plan. Allerdings konnten sich die von Ford in Köln produzierten Modelle „Explorer“ und „Capri“ auf dem Markt nicht durchsetzen, und die Produktionskapazität des Werks sank auf 20 Prozent.

Für Hunderte kleiner und mittlerer Unternehmen in dieser Zulieferbranche bedeutet dies Verluste oder sogar den Konkurs.

Wenn ein großer Konzern seine Produktionspläne von heute auf morgen ändert und die Kapazitäten drosselt, trifft dies in erster Linie die Zulieferer. Und die Zahl dieser Zulieferer ist gar nicht so gering, wie man meinen könnte. So verfügt beispielsweise der VW-Konzern über ein globales Beschaffungsnetzwerk mit mehr als 55.000 Zulieferern. Betrachtet man die genauen Standorte dieser Partner im Detail, so umfasst die Lieferkette des VW-Konzerns weltweit mehr als 63.000 Lieferbetriebe[3] in insgesamt 96 Ländern.

In Deutschland gingen im Jahr 2024 56 und im Jahr 2025 59 Automobilzulieferer in Konkurs. Diese Zahlen beziehen sich jedoch nur auf Zulieferer mit einem Jahresumsatz von mehr als 10 Millionen Euro. Über diejenigen, die unter dieser Umsatzgrenze liegen, werden nicht einmal detaillierte Statistiken geführt.

Die Last der Krise liegt auf den Schultern der Belegschaft!

In der Automobilindustrie stehen Massenentlassungen und weit verbreitete Lohnkürzungen auf der Tagesordnung.

In vielen großen und kleinen Zulieferbetrieben wurden auf der Grundlage des „Pforzheimer Abkommens“[4] die wöchentlichen Arbeitszeiten ohne Lohnausgleich verlängert; Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld und „T-ZUG“-Zulagen sowie die für die kommende Zeit vorgesehenen Lohnerhöhungen werden vorenthalten.

Ein Blick auf den VW-Konzern genügt, um zu sehen, wie das Kapital der Automobilindustrie die Last der Krise auf die Schultern der Arbeiter abwälzt: Der VW-Konzern schloss das Geschäftsjahr 2024 mit einem Umsatz von 322,3 Milliarden Euro und einem Gewinn vor Steuern und Zinsen (EBIT) von 22,6 Milliarden Euro ab, ohne außerordentliche Posten.

Die umsatzbezogene Gewinnmarge des Konzerns lag bei etwa 7 Prozent.

Doch dieser Umsatz, dieser Gewinn und diese Gewinnmarge reichten der Porsche-Piech-Dynastie, den Hauptaktionären des Konzerns, nicht aus. Im Herbst 2024 erklärte die Konzernleitung, dass im Konzern 30.000 Mitarbeiter zu viel seien, die Löhne um rund 20 Prozent gesenkt werden müssten und man andernfalls zwei oder drei Werke schließen müsse, und lud die IG Metall und den Gesamtbetriebsrat (GBR) an den Verhandlungstisch ein.

IG Metall und der GBR, die eine Reihe von Aktionen organisierten und „harte Erklärungen“ abgaben, um die Reaktionen der VW-Beschäftigten zu mildern, setzten sich anschließend mit den VW-Führungskräften an den Verhandlungstisch und einigten sich.

GBR-Vorsitzende Daniela Cavallo und der Bezirksleiter der IG Metall, Thorsten Gröger, erklärten in einer gemeinsamen Stellungnahme, sie seien sich der schwierigen Lage des Unternehmens bewusst und hätten daher mit der im Dezember unterzeichneten Einigung alle notwendigen Schritte unternommen, um die Wettbewerbsfähigkeit der Volkswagen AG zu stärken und die Auswirkungen auf die Beschäftigten sozialverträglich zu gestalten.

Ohne mit der Wimper zu zucken, bezeichneten die beiden den Abbau von 35.000 Arbeitsplätzen, die Schließung der Werke in Dresden und Osnabrück sowie eine langfristige Senkung der Löhne um 20 Prozent als „sozialverträglich“.

Doch 13 Monate nach diesem Abkommen sehen sie sich heute mit einer noch schlimmeren Situation konfrontiert:

Die VW-Chefs wollen weltweit nochmal 50.000 Beschäftigte entlassen – davon 25.000 in Deutschland (Werke wurden nicht genannt) – und erwägen zudem die Schließung von vier Werken in Deutschland, in denen mehr als 43.000 Beschäftigte arbeiten. Nach den Plänen der Vorstand sollen die VW-Werke in Zwickau und Emden 2031, Hannover 2032 und Neckarsulm 2034 geschlossen werden. Die Konzernleitung strebt bis zum Jahr 2028 Einsparungen in Höhe von insgesamt 60 Milliarden Euro an.

VW-Vorstandsvorsitzender Oliver Blume erklärt, dass alle zu ergreifenden Maßnahmen „gemeinsam mit den Sozialpartnern und in sozialverträglicher Weise“ umgesetzt werden sollen. Die „Sozialpartner“ – IG Metall und GBR – gehen nicht auf den Kern der Angriffspläne ein, sondern sprechen von „Führungsfehlern“ und erklären, das „Vertrauen des GBR in die Unternehmensleitung habe abgenommen“.

In den kommenden Wochen wird es, sofern die Arbeiter nicht auf die Barrikaden gehen, keinen Zweifel daran geben, dass sich IG Metall und GBR wieder an den Verhandlungstisch setzen und der „sozialverträglichen Umstrukturierung des Konzerns“ zustimmen werden.

Der Funke ist übergesprungen - das Feuer muss genährt werden

VW-Chef Blume versuchte vom 24. bis 31. August bei außerordentlichen Betriebsversammlungen in verschiedenen Werken des Konzerns, die Beschäftigten zu überzeugen: Marktschwankungen, chinesische Konkurrenten und US-Zölle, Kriege … Blume ließ kaum ein Argument aus. Trotz all dieser Bemühungen reagierten die Beschäftigten „kühl“ auf Blume und protestierten, indem sie seine Rede mit Buhrufen unterbrachen.

Diese Reaktionen sind zwar berechtigt, aber unzureichend. Um die VW-Führungsspitze zum Einlenken zu bewegen und die „Sozialpartner“ von jeglicher Kollaboration abzuhalten, sind wirksamere Formen des Kampfes, wie zum Beispiel Streiks, erforderlich.

Die Vertrauenskörperleitung in Mercedes-Untertürkheim hat den Funken gezündet, nun gilt es, das Feuer am Brennen zu halten. Am 21. September wird deutschlandweit in der gesamten Automobilindustrie die Produktion eingestellt, um gegen Massenentlassungen und Lohnraub zu protestieren. Für die Automobilarbeiter, die heute im Zentrum der Angriffe stehen, könnte der 21. September ein Wendepunkt sein.

JETZT REICHT’S! WIR KÄMPFEN GEMEINSAM!

Die Kolleginnen und Kollegen der Autoindustrie leisten Widerstand gegen Lohnkürzungen aller Art, weitere Flexibilisierung, Entlassungen, Werkschließungen!

Doch dieser Kampf kann nicht von einzelnen Standorten geführt werden – nur der gemeinsame Kampf aller Standorte unabhängig von der Marke und Stellung in der Wertschöpfungskette kann die Angriffe der Autobosse stoppen.

Gegen die Standort-Konkurrenz, für gemeinsamen Kampf aller Standorte!

21. SEPTEMBER 2026 – BUNDESWEITER AKTIONSTAG BEI ALLEN ZULIEFERBETRIEBEN UND HERSTELLERN

3 www.volkswagen-group.com/de/gesellschaft-18271

4 Hintergrundinformationen zum Abkommen siehe: www.wsi.de/de/blog-17857-20-jahre-pforzheimer-abkommen-und-seine-hintergruende-58036.htm